

Große Anfrage	Vorlagen-Nr.: VO/6478/2018
	Status: öffentlich
	Datum: 26.09.2018
Einreichende Fraktion/en: B90/Die Grünen	

Beratungsfolge:		
Gremium Magistrat	Zuständigkeit Stellungnahme	Sitzung ist Nichtöffentlich

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: Situation der in Marburg seit 2015 lebenden Geflüchteten und ihrer Integration in das Leben der Stadt

Der Magistrat wird gebeten die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wie viele Geflüchtete sind seit 2015 nach Marburg gekommen?
2. Wie viele davon leben noch heute in Marburg?
3. Wie viele der Geflüchteten sind anerkannte Asylsuchende?
4. Bei wie vielen steht die Entscheidung darüber noch aus?
5. Wie viele der Geflüchteten wurden als Asylsuchende abgelehnt und aus welchen Ländern kommen sie?
6. Wie viele der in Marburg registrierten Geflüchteten wurden seit 2015 ausgewiesen?
7. Bei wie vielen steht die Ausweisung an?
8. Wie viele der derzeit in Marburg lebenden Geflüchteten sind
 - a) Alleinerziehende
 - b) allein lebende Frauen
 - c) allein lebende Männer
 - d) Familien (beide Elternteile)
 - e) begleitete Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre
 - f) unbegleitete weibliche und männliche Jugendliche?
9. Wie viele Geflüchtete haben eine eigene Wohnung?
10. Wie viele dieser Wohnungen sind im Eigentum öffentlicher Wohnungsbaugesellschaften und wie viele im Privateigentum?
11. Gilt noch die Praxis, dass die Stadt Wohnungen privater Hauseigentümer anmietet und diese dann Geflüchteten zur Verfügung stellt?

12. Trifft es zu, dass etliche dieser Wohnungen in einem mangelhaften Zustand sind?
13. Wie viele Geflüchtete leben in Sammelquartieren?
14. Wie viele Geflüchtete befinden sich in schulischer Ausbildung bzw. im Studium?
15. Wie viele Geflüchtete befinden sich in einer beruflichen Ausbildung?
16. Wie viele Geflüchtete sind erwerbstätig?
17. Wie viele Geflüchtete haben keine Arbeitserlaubnis?
18. Wie erfolgt die Begleitung und Betreuung dieser Geflüchteten durch Mitarbeitende der Stadtverwaltung derzeit?
19. Wie werden die Angebote der Ombudsleute in Anspruch genommen?
20. Ist dem Magistrat bekannt, wie viele freiwillig/ehrenamtlich engagierte Marburgerinnen und Marburger Geflüchtete bei ihren Anstrengungen für ein eigenständiges Leben (Zurechtfinden in der Bürokratie und bei Alltagsfragen, Betreuung von Kindern, Erlernen der Sprache, Begleitung bei Ausbildung und Arbeitssuche) und bei der Integration in die Stadtgesellschaft unterstützen?
21. Gibt es Ansprechpersonen in der Stadtverwaltung, die diese freiwillig/ehrenamtlich engagierten Marburgerinnen und Marburger auf Augenhöhe beraten und deren jeweilige Kompetenzen anerkennen?
22. Gibt es für die in der Geflüchtetenhilfe engagierten Freiwilligen Begleitungsangebote wie Supervision oder Beratungs- und Informationsangebote durch Fachpersonal (z.B. Medizin, Psychologie, Ausländerrecht...)?
23. In welchem Umfang und in welcher Form bieten Religionsgemeinschaften Geflüchteten Hilfe und Unterstützung?
24. Wie unterstützen diese die in der Geflüchtetenhilfe tätigen Freiwilligen?
25. Welche Vereine und Initiativen bemühen sich in besonderem Maße um das Zusammenleben mit den geflüchteten NeubürgerInnen?
26. Welche weiteren Ansätze verfolgt der Magistrat, die Weiterentwicklung und die Koordination der Maßnahmen und Initiativen zu verbessern, die die Integration hier lebender Geflüchteter zum Ziel haben?
27. Welche über die bestehenden Angebote hinausgehenden Kapazitäten und Kompetenzen müssen noch bereitgestellt werden?

Begründung:

Die Bürgerinnen und Bürger Marburgs haben spätestens seit 2015 durch ihr umfängliches tätiges Engagement für Geflüchtete bewiesen, dass sie bereit und in der Lage sind, die Stadtgesellschaft in ihrer Vielfalt weiter zu entwickeln und jenen, die nach oft traumatischen Erfahrungen neu nach Marburg gekommen sind und nun hier leben, die Hilfe zukommen zu lassen, die sie brauchen. Marburg hat nicht nur eine großartige Willkommenskultur entwickelt,

sondern auch wichtige Ansätze für eine glaubhafte und erfolgreiche Bleibekultur. Diese gilt es weiter auszubauen und zu stabilisieren, vor allem angesichts der menschenverachtenden politischen Strömungen in unserem Land. Dass eine große Bereitschaft dazu besteht, hat auch die recht spontane Demonstration von mehr als 7.500 Bürgerinnen und Bürger in jüngster Zeit sichtbar gemacht. Damit neben den vielfältigen Bekundungen und Erklärungen auch erforderliche Taten erfolgen können, ist es notwendig Genaueres über die Bedingungen und das Gelingen bisheriger Integrationsmaßnahmen in Marburg zu erfahren. Es ist notwendig zu wissen, wo es weiteren Unterstützungsbedarf gibt und welche Kompetenzen und Kapazitäten dafür bereits vorhanden sind und welche fehlen.

Die Aktivitäten gegen Ausländerfeindlichkeit und ihre parteilichen Vertreter dürfen allerdings nicht dazu führen, dass die MarburgerInnen jene MitbürgerInnen aus den Augen verlieren, die sozial und ökonomisch benachteiligt sind und denen die erforderliche Hilfe und Aufmerksamkeit in gleichem Maße zukommen muss.

Dr. Christa Perabo

Madelaine Stahl